

Industriestandort Schweiz oder Auslandverlagerung?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1979)**

Heft 3

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-937878>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und Abstimmungen teilzunehmen.

INDUSTRIESTANDORT SCHWEIZ ODER AUSLANDSVERLAGERUNG?

Was soll die Frage zum Ausdruck bringen? Es geht darum, ob die Industrie auf die Dauer in der Schweiz noch genügend Chancen zum Ueberleben hat oder ob sie gezwungen sein wird, ihre Fabrikationsstätten vorwiegend im Ausland aufzubauen, das heisst die Produktion zu verlagern.

Das Problem ist nicht neu. Es hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem deshalb gestellt, weil viele Länder damals zum Schutz der einheimischen Industrie und zur Schonung der Devisenreserven hohe Einfuhrschranken aufrichteten ("Protektionismus"). Wollten die schweizerischen Firmen ihre Produkte verkaufen, waren sie gezwungen, in den betreffenden Ländern Betriebe zu eröffnen, ähnlich wie sie das heute in Entwicklungsländern tun, die vielfach - entgegen einer verbreiteten Auffassung - an westlichen Investitionen in hohem Masse interessiert sind. Seit dem stufenweisen Abbau der internationalen Handelsschranken hat dieses Motiv für die Auslandsverlagerung an Bedeutung verloren.

Teurer Franken hat Folgen

Seit einigen Jahren steht demgegenüber das Währungsproblem im Vordergrund. Es ist unübersehbar, dass die Schweiz als Industriestandort etwas an Attraktivität eingebüsst hat, seit der Franken dermassen teuer geworden ist. Wenn in diesem Zusammenhang eingewendet wird, die Exporte der schweizerischen Industrie seien ja trotz der Höherbewertung unserer Währung weiter gestiegen, so übersieht dieser Einwand, dass die Exporteure oftmals beträchtliche Preiskonzessionen machen mussten und sich damit ihre Ertragslage verschlechterte. Insbesondere einige grosse Industriefirmen unseres Landes haben ihre Produktionsstützpunkte im Ausland deshalb in den vergangenen Jahren verstärkt, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Was heisst Auslandsverlagerung?

Der Begriff der Auslandsverlagerung darf nicht wörtlich genommen werden. Es handelt sich nicht darum, in der Schweiz einen Betrieb zu schliessen und ihn dann in den USA oder in Singapur wiederzu eröffnen. Fast ausnahmslos geht es vielmehr um die Verlagerung der weiteren Expansion. Es werden also neue

Produktionsschwerpunkte ins Ausland gelegt. So hat der Chemiekonzern Sandoz bekanntgegeben, die Zahl der Mitarbeiter im Konzern, das heisst in weltweit allen von der Basler "Muttergesellschaft" kontrollierten "Tochtergesellschaften", habe seit 1969 um mehr als 7'000 zugenommen, während die Mitarbeiterzahl der Sandoz-Betriebe in der Schweiz lediglich um knapp 1'100 wuchs. Die Produktionskapazitäten wurden im Stammland Schweiz also keineswegs reduziert, aber der Konzernausbau erfolgte doch weitgehend im Ausland.

Der Schluss wäre völlig verfehlt, der Industriestandort Schweiz sei heute generell gefährdet. Die im internationalen Vergleich sehr grosse politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes, die Qualifikation der Arbeitskräfte und das technisch hohe Niveau der Produktionsverfahren bieten nach wie vor beträchtliche Vorteile für die Erhaltung einer konkurrenzfähigen Industrie. Voraussetzung ist freilich, dass hierzulande hochwertige, mit viel "Know how" versehene Produkte hergestellt werden, die einen gewissen Spezialitätencharakter aufweisen. Denn für die Herstellung einfacher, wenig forschungsintensiver Massengüter bilden einige ausländische Staaten heute zweifellos einen kostengünstigeren Standort.

Zwei neue Arbeitsplätze im Ausland - ein zusätzlicher im Inland

Waren somit einst handels- und andere schutzpolitische Motive zur Hauptsache für Produktionsverlagerungen in ausländische Absatzgebiete verantwortlich gewesen, so ist heute der dortige Wunsch nach lokalen Fabrikations- und Zulieferleistungen sowie nach technologischen Kenntnisübertragungen vermehrt ins Blickfeld gerückt. Das kann durchaus mit einer modernen Unternehmensstrategie übereinstimmen. Die Entwicklung von "Know-how" und die Herstellung hochwertiger Komponenten bleibt meistens den Aufgabenbereichen der Muttergesellschaften transnationaler Unternehmungen erhalten. Dies wirkt sich in Gestalt einer Aufwertung viel eher als im Sinne eines Verlustes schweizerischer Arbeitsplätze aus. Tatsächlich hat die BBC die Erfahrung gemacht, dass in den letzten fünf Jahren auf zwei ausserhalb Europas errichtete Arbeitsplätze ein zusätzlicher Beschäftigungsposten in der Schweiz geschaffen wurde.

Ende 1977 beschäftigten die 100 grössten Industrieunternehmen der Schweiz insgesamt 833'000 Arbeitnehmer; davon waren 534'000 im Ausland und 299'000 im Stammland Schweiz tätig. Auf 17 der grössten Unternehmen allein entfielen total 594'000 Beschäftigte, wovon 461'000 in ausländischen Beteiligungsfirmen und 133'000 in den schweizerischen Betrieben angestellt waren.